

---

**6580/J XXV. GP**

---

Eingelangt am 23.09.2015

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

## Anfrage

der Abgeordneten **Hermann Gahr, Norbert Sieber, Franz Eßl**  
Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport  
betreffend **Hubschrauberstützpunkt in Vomp**

Das Österreichische Bundesheer besitzt derzeit 66 Hubschrauber. Diese sollen in Zukunft auf 40 reduziert werden und ausschließlich im Osten Österreichs stationiert werden. Salzburg, Tirol und Vorarlberg werden so zur hubschrauberfreien Zone. Dieser Kahlschlag in Westösterreich steht dem Schutzauftrag des Bundesheeres klar entgegen.

In einem gemeinsamen Beschluss sprachen sich alle im Tiroler Landtag vertretenen Parteien für die Erhaltung des einzigen Hubschrauberstützpunktes in Westösterreich, im Tiroler Vomp, aus. Auch die drei Landeshauptleute Markus Wallner, Günther Platter und Wilfried Haslauer treten für den Erhalt des einzigen Hubschrauberlandeplatzes in Westösterreich ein. Wie zwei Bürgerinitiativen zeigen, will die Bevölkerung, dass der Hubschrauberlandeplatz in Vomp erhalten bleibt.

Niemand versteht diesen unnötigen und unverantwortlichen Kahlschlag. Sollte der Hubschrauberstützpunkt, wie derzeit geplant, nach Oberösterreich verlegt werden, wird ein schnelles Eingreifen im Notfall durch die große Entfernung nicht mehr gewährleistet sein.

In einer Anfragebeantwortung versprach der Minister, dass die „Erfüllung von Aufgaben und Aufträgen im Rahmen eines Assistenzeinsatzes zur Katastrophenhilfe erhalten bleiben und bundesweit in kürzester Zeit zum Einsatz gebracht werden können“.

Hierzu gibt es mehr als nur berechtigte Zweifel. Gerade in den Kasernen in Salzburg, in Tirol und in Vorarlberg vermittelt das österreichische Bundesheer seit seiner Gründung allen Soldatinnen und Soldaten die Alpinkompetenz, die in einem Gebirgsland für alle militärischen und zivilen Aufgaben unumgänglich ist. Auch für die Hubschrauber ist es wichtig im Hochgebirge zu trainieren und die Piloten mit den speziellen Gegebenheiten vertraut zu machen. Dies hat sich bei vielen Katastrophenschutzsätzen in der Vergangenheit deutlich gezeigt.

Auch die Salzburger, die Tiroler und die Vorarlberger Bevölkerung haben sich bei der Volksbefragung im Jänner 2013 klar für den Katastrophenschutz ausgesprochen.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Dem muss die Politik Rechnung tragen. Die Kosten für die Stationierung eines Hubschraubers im Westen Österreichs sind überschaubar. Durch diese Stationierung ist es jedoch auch möglich, Einsätze in Salzburg, in Tirol oder in Vorarlberg zu fliegen, wenn die Heranziehung weiterer Hubschrauber aus dem Osten durch eine Schlechtwetterfront unmöglich ist. Nur so wird ein rascher Katastrophenschutz sichergestellt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport folgende

### ANFRAGE

1. Wie hoch ist die Auslastung der derzeit 66 Hubschrauber in Besitz des österreichischen Bundesheeres insgesamt (Flugstunden pro Jahr)?
2. Wie hoch ist die Auslastung (Flugstunden pro Jahr) der Hubschrauber in Tirol?
3. Wie können Sie die geplante Reduktion der Hubschrauberflotte bei den vorliegenden geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen verantworten?
4. Wie hoch sind derzeit die jährlichen Kosten für den Betrieb des Hubschrauberstützpunkts Vomp?
5. Wer übernimmt die Reisekosten, wenn die Hubschrauber an Übungen in Westösterreich teilnehmen?
6. Welche Gründe sprechen für die Zentralisierung der Hubschrauberflotte, während hingegen die Blaulichtorganisationen auf eine dezentrale Stationierung ihrer Einsatzfahrzeuge setzen?
7. Wie soll der Katastrophenschutz bei Lawinen und Murenabgängen bei Schlechtwetter sichergestellt werden?
8. Beabsichtigen Sie, dass sich das Bundesheer in Salzburg, Tirol und Vorarlberg aus dem Katastrophenschutz zurückzieht?
9. Wie oft und wann haben Sie mit dem Landeshauptmann einer der drei Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg über die Notwendigkeit eines Hubschrauberstützpunkts in den westlichen Bundesländern gesprochen?
10. Warum verweigern Sie jede Kommunikation über den Erhalt eines Hubschrauberstützpunkts in den westlichen Bundesländern?